

Aufstieg des Sultanismus

In wessen Händen liegt im Iran die wirtschaftliche Macht, und mit wem machen dort also auch deutsche Unternehmen ihre Geschäfte? Von Jonathan Weckerle

Keine Geschäfte mit den Mullahs« titelte die »Taz« Ende Juni – was war geschehen? Besonders die Meldung, daß das iranische Regime Oppositionelle mit Hilfe deutscher Überwachungstechnik von Nokia Siemens Networks (NSN) verfolgt und das Internet überwacht, hatte für einen internationalen Skandal gesorgt; den zahlreichen Presseberichten folgten Onlinepetitionen und Boykottkampagnen. Wohl nicht zuletzt, weil die Proteste im Ausland stark als Twitter-, Handy- und Youtube-Revolution wahrgenommen wurden und die Bilder von der brutalen Gewalt besonders der Bassidsch-Milizen unzensuriert um die Welt gingen. Die grundsätzlichen Probleme bei Geschäften mit dem Iran kamen dabei fast nie zur Sprache, also etwa die Tatsache, daß die Geschäftspartner der westlichen Firmen meist keine Mullahs, sondern Teil des Militär- und Repressionsapparates sind.

Daß deutsche Unternehmen das iranische Regime direkt unterstützen, hätte man schon früher wissen können. Im konkreten Fall hatte bereits im April 2008 der österreichische Journalist Erich Möchel über »ein Monster aus dem Hause Siemens« berichtet, welches »sehr wahrscheinlich« auch in den Iran verkauft worden ist. Dabei handelt es sich um Hard- und Software, mit der verschiedenste Formen der Audio- und Textkommunikation überwacht, gefiltert und mit weiteren Datenbanken zusammengeführt und dann nach verdächtigen Profilen durchsucht werden können. Im Werbetext von NSN war von einer »Alles-in-Einem-Lösung« für jede Technologie« zu lesen, mit der sich die »Herausforderungen präventiver Sicherheit in einer zunehmend dynamischen Welt« meistern ließen.

Reaktionen auf den Bericht Möchels gab es in der deutschen Presse oder Politik keine, und so stand der Lieferung der Technologie nichts im Wege, die tatsächlich erst in der zweiten Jahreshälfte 2008 erfolgte. Nachdem kritische Aktionäre im Januar 2009 das Thema auf der Siemens-Hauptversammlung zur Sprache brachten, erschien am 13. April ein langer Artikel in der »Washington Times« zum Thema. Der Autor Eli Lake zitierte Menschenrechtsaktivisten, die von zunehmender Repression aufgrund überwachter Kommunikation im Iran berichten. Bei Verhören wurden demnach Oppositionellen Protokolle von Chats vorgelegt, und eine Gruppe von 12 Frauenrechtlerinnen wies auf die Überwachung ihrer privaten Kommunikation hin.

NSN-Firmensprecher Ben Roome mühte sich fortan, Nutzen und Umfang der gelieferten

Technologie herunterzuspielen, und vertraute darauf, daß die iranischen Behörden damit nur gegen »Kinderpornographie, Terrorismus und Drogenhandel« vorgehen. Was genau NSN tatsächlich geliefert hat, ist nicht völlig geklärt. Eine aktuelle Studie der Open-Net-Initiative kommt zu dem Schluß, daß das »Internet-Zensurssystem im Iran eines der umfangreichsten und höchstentwickeltesten der Welt ist«, verweist aber auch darauf, daß dabei zunehmend »einheimische Technologie« eingesetzt werde. Diese könnte allerdings im Kern von NSN oder anderen westlichen Unternehmen stammen; illegale Nachbauten importierter Technologie ebenso wie der Umbau für militärische und andere sanktionierte Zwecke sind Teil der iranischen Wirtschaftspolitik.

Tatsächlich funktioniert hat auch die ausgefeilteste »präventive« Überwachung und Einschüchterung in dem Moment nicht mehr, in dem die »zunehmend dynamischen« Menschen im Iran massenweise ihre Angst überwinden und offen rebelliert haben. »Keine Angst, keine Angst, wir halten zusammen!« war einer der am häufigsten skandierten Sprüche. Dagegen blieb dem Regime nur Gewalt, und auch dabei kam deutsche Wertarbeit zum Einsatz. Wie die WDR-Sendung »Monitor« Anfang Juli berichtete, sind Elektroschocker made in Germany bei den Folterungen und Verhören im Iran im Einsatz, wenn auch ohne Exportgenehmigung und über Umwege geliefert. Ganz offiziell waren dagegen deutsche Firmen wie Mercedes Benz, BMW oder Rohde & Schwarz an der 8. internationalen Messe für Polizei- und Sicherheitsausrüstung beteiligt, die Mitte Juli in Teheran stattfand und bei der sich die Regimes der ganzen Region mit der neuesten Repressionstechnik eindecken konnten.

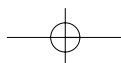
Die Bundesregierung verfolgt, was die Irangeschäfte betrifft, bislang nicht mehr als eine Strategie der »Entmutigung« durch Appelle. »Die Regierung erwartet von deutschen Firmen Sensibilität und ruft sie auf, auch auf den moralischen Aspekt ihrer Tätigkeiten Rücksicht zu nehmen«, hieß es im Dezember 2008 aus dem Bundeskanzleramt, und praktisch hat sich daran bis heute nichts geändert. Was allerdings von deutschen Firmen an »Moral« selbst angesichts der blutigen Bilder aus dem Iran zu erwarten ist, hat Daniel Bernbeck, Geschäftsführer der Deutsch-Iranischen Industrie- und Handelskammer, erfreulich klar geäußert: »Ich sehe hier überhaupt keine moralische Frage. Wir machen keine Geschäfte mit dem Iran, sondern mit iranischen Firmen. Wir unterstützen die (iranische) Regierung nicht.«

Doch die behauptete Trennung von Politik und Wirtschaft gibt es auch im Iran nicht, ganz im Gegenteil. Seit Ende des Iran-Irak-Krieges, vor allem seit der Präsidentschaft Ahmadinedschads, verwachsen Politik, Wirtschaft, Militär und Repressionsapparat zu einem beispiellosen Konglomerat – mit den iranischen Revolutionsgardien (Pasdaran) im Zentrum. Deren Aufgabe als revolutionäre Parallelorganisation zur iranischen Armee besteht gemäß Paragraph 150 der Verfassung in der »Bewachung der Revolution und ihrer Errungenschaften« – eine Formulierung, die von den 125.000 Mann starken Gardien als Legitimation auch für Eingriffe in die Innenpolitik – Kampf gegen »Konterrevolution« – interpretiert wird. Mit Segen des Revolutionsführers Khamenei haben sich die Revolutionsgardien zusammen mit den Bassidsch-Milizen, einer ihnen untergeordneten Massenorganisation mit etwa einer Million Mitgliedern, in den letzten Jahren vor allem auf die Niederschlagung einer »samtenen« beziehungsweise »farbigen« Revolution vorbereitet. Revolutionsgardisten werden beispielsweise nicht in ihren Heimatregionen stationiert, um nicht auf Verwandte und Freunde schießen zu müssen.

Der politische Durchbruch gelang 2005, als mit Mahmud Ahmadinedschad einer von ihnen Präsident wurde. Systematisch wurden während seiner ersten Amtszeit einflußreiche Posten in allen Bereichen und auf allen Ebenen des Staates mit Revolutionsgardisten besetzt, meist zuungunsten des Klerus. Im Kabinett übernahmen sie die wirtschaftlich, militärisch und politisch entscheidenden Ministerposten. Vorangegangen war ihrem politischen Aufstieg aber der wirtschaftliche. Nach Ende des Krieges erhielten die Kriegsveteranen den Auftrag, das Land wieder aufzubauen. Stück für Stück ist dabei ein wirtschaftliches Imperium entstanden, gegen das private Wirtschaftsbetriebe nicht konkurrieren können, zumal es so etwas wie einen »freien Markt« selbstredend nicht gibt. Staatsbetriebe gingen bei der »Privatisierung« direkt in den Besitz der Revolutionsgardien über; große Staatsaufträge, vor allem für Projekte im Energiesektor, wurden ohne öffentliche Ausschreibung etwa an den Baugiganten Khatam al Anbiya erteilt; die Wirtschaftsbetriebe der Revolutionsgardien zahlen meist keine Steuern und können über eigene Häfen zollfrei Handel treiben.

2007 löste Ahmadinedschad die relativ unabhängige Management- und Planungsbehörde des Iran auf. Seither werden die Staatsausgaben noch umfassender für populistische, doch wirtschaftlich ineffektive Projekte oder einfach Geschenke verwandt, um politische Loyalität zu gewinnen. Dabei gelingt es den Revolutionsgardien und Bassidsch, sich als volksnahe Alternative zum korrupten Klerus zu präsentieren. Den unteren Schichten eröffnen diese Organisationen soziale Aufstiegsmöglichkeiten, mehr als die ideologische Überzeugung sind es oft Privilegien wie Studienplätze, welche die Mitglieder anziehen.

Wie groß der Anteil der Revolutionsgardien





Mercedes Benz, BMW, Siemens: Hardware und Software im Iran, Teheran, August 2006

an der iranischen Wirtschaftsleistung ist, läßt sich wegen der undurchsichtigen Struktur aus Tarnfirmen, Stiftungen und inoffizieller personeller Verflechtung nicht eindeutig feststellen, die meisten Schätzungen bewegen sich in der Größenordnung von 75 Prozent. »Von der Augenlaserbehandlung über die Automobilproduktion bis hin zum Immobilienhandel haben die Revolutionsgarden ihren Einfluß auf praktisch alle Bereiche des iranischen Marktes ausgedehnt«, heißt es dazu in einer Studie des amerikanischen RAND-Instituts.

Überwachungstechnik, Schlagstöcke und Folterwerkzeuge sind nicht das eigentliche Problem bei den Geschäften mit dem Iran. Wichtiger ist die Tatsache, daß immer weniger Geschäfte möglich sind, die nicht direkt zur Stärkung und Finanzierung der Revolutionswächter und ihrer Milizen dienen, welche die »Revolution« nunmehr ganz offen gegen große Teile der Bevölkerung »verteidigen«. Hinzu kommt, daß die Revolutionsgarden wesentlich für das iranische Atom- und Raketenprogramm, für den »Revolutionsexport« qua Unterstützung islamistischer Kräfte weltweit oder den Terror gegen die exil-iranische Opposition verantwortlich sind.

Der iranische Dissident und Journalist Akbar Ganji hat den Wandel des Regimes zu einer staatskapitalistischen Militärdiktatur auf der Website der Zeitschrift »Foreign Affairs« als »Aufstieg des Sultanismus« beschrieben. Ziel des Revolutionsführers Khamenei sei die Schaffung einer »neuen vereinheitlichten Herrschaftselite mit umfassender politischer und wirtschaftlicher Macht«. Es geht um die »Re-

strukturierung der herrschenden Klasse, die Eliminierung einflußreicher Gegner und die Akkumulation von Kapital. Khamenei und Ahmadinedschad ... haben systematisch den Forderungen aller Berufsgruppen widerstanden und sich der Bildung von Gewerkschaften, Syndikaten und politischen Parteien widersetzt. ... Ihr ideales Regime würde eine staatliche Kapitalistenklasse hervorbringen, die zum Nachteil der Arbeiter und des unabhängigen Privatsektors im Iran Gewinne auf den internationalen Märkten anstrebt. Es wäre ein Rentierstaat basierend auf politischer Loyalität, mit allgegenwärtiger Diskriminierung und Korruption, aufrechterhalten von Repressionsapparaten.« Nur wer diese weit fortgeschrittene Entwicklung nicht wahrnimmt oder absichtlich verschweigt, kann noch von »Wandel durch Handel« sprechen oder Geschäfte mit »iranischen Firmen« als unpolitisch darstellen.

Trotz allem sprechen sich auch Regimegegner oft gegen wirtschaftliche Sanktionen aus. So heißt es im von zahlreichen überwiegend linken und religionskritischen Unterzeichnern getragenen Manifest der internationalen Kampagne »Iran Solidarity« (www.iransolidarity.org.uk): »Wir rufen alle Regierungen und internationalen Organisationen auf, die Islamische Republik Iran zu isolieren und alle diplomatischen Beziehungen mit ihr abzubrechen. Wir sind wegen der nachteiligen Auswirkungen auf das Leben der Bevölkerung gegen militärische Intervention und wirtschaftliche Sanktionen.« Wie will man aber das Regime politisch isolieren, wenn man gleichzeitig mit dessen militärischem Kern milliardenschwere Geschäfte

macht? Gerade wer gegen militärische Interventionen ist, sollte harte Wirtschaftssanktionen fordern. Vor allem in einer Situation, in der Millionen Iraner sich gegen ein von internen Machtkämpfen geschwächtes Regime gestellt haben und sich die Mitglieder des durchaus nicht nur aus ideologischen Hardlinern bestehenden Repressionsapparats entscheiden müssen, ob sie im Ernstfall schießen oder nicht. Signale aus dem Ausland, daß sich Treue zum Regime nicht auszahlen wird, könnten von entscheidender Bedeutung für die Zukunft des Iran sein.

»Da den Revolutionsgarden der Auftrag zukam, die Situation zu kontrollieren, ergriffen sie die Initiative, um einen wachsenden Aufstand niederzuschlagen. Dieses Ereignis drängte uns in eine neue Phase der Revolution und des politischen Kampfes«, beschrieb Generalmajor Mohammad Ali Jafari, oberster Kommandant der Revolutionsgarden, am 5. Juli die praktische Machtübernahme durch die Revolutionsgarden. General Yadollah Javani ergänzte: »Heute ist niemand unparteiisch. Es gibt zwei Strömungen, diejenigen, welche die Revolution und das Bestehende verteidigen, und diejenigen, die es umzustürzen versuchen.« Wer heute Geschäfte mit dem Iran macht oder fördert, ist ebenfalls nicht unparteiisch, sondern stützt zwangsläufig ein auf Gewalt und Korruption basierendes und von einer islamistischen und antisemitischen Ideologie motiviertes Militärregime auf dem Weg zur Atommacht. ●

Jonathan Weckerle ist bei der Kampagne »Stop the Bomb« aktiv